

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://twitter.com/AI\\_El\\_Salvador](https://twitter.com/AI_El_Salvador)  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



24. März 2020

## AMERIKA AM SCHEIDEWEG – ANTWORT AUF COVID-19

Angesichts einer noch nie dagewesenen Pandemie haben Regierungen in ganz Amerika begonnen, auf unterschiedliche Weise auf COVID-19 zu reagieren, angefangen von der Forderung nach Notstandsregelungen über die Verhängung von Reiseverboten bis hin zur Einführung von Quarantänen. Es steht viel auf dem Spiel und die Art und Weise, wie die Regierungen auf diese Pandemie reagieren, könnte über die Zukunft von Millionen von Menschen entscheiden.

Die Regierungen sind letztlich für den Schutz der Menschen und ihrer Menschenrechte verantwortlich, haben dies in den Ländern Amerikas jedoch oft versäumt. Tiefgreifende Ungleichheit, strukturelle Diskriminierung, eine Tendenz zur Rückkehr zu repressiver Polizeiarbeit, Zensur, unterfinanzierte öffentliche Gesundheitssysteme und unzureichender Sozial- und Arbeitsschutz gehen dem Ausbruch von COVID-19 in der Region lange voraus.

Die Staaten haben die Pflicht, das Recht auf Gesundheit für alle Menschen zu schützen und zu garantieren, ohne Unterschiede zu machen. Amnesty International nimmt keine Stellung zu der Art von Maßnahmen, die Regierungen im Zuge des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie im Bereich der öffentlichen Gesundheit ergreifen sollten, und erkennt an, dass Staaten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit bestimmte Einschränkungen einiger Menschenrechte auferlegen können.

Die Menschen in ganz Amerika sind besorgt und erwarten von den Regierungen eine entschlossene Reaktion. Wir von Amnesty International sind auch der Meinung, dass die Behörden in der gesamten Region Führungsstärke zeigen müssen, und sie müssen dies tun, indem sie den Menschenrechten Vorrang einräumen und davon absehen, ihre Macht mitten in dieser Notsituation zu missbrauchen.

Hier ist eine vorläufige Liste von "Do's" und "Don'ts", die alle Regierungen in diesen schwierigen Zeiten befolgen sollten:

Video ENG COVID19 DOs&Donts AMR <https://youtu.be/uY2nfxY33Uo>

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## Nicht diskriminieren



In einer Region, die historisch durch tiefe Ungleichheit und strukturelle Diskriminierung gekennzeichnet ist, müssen die Behörden sicherstellen, dass die Reaktionen auf COVID-19 Diskriminierung auf keine Weise verstärken. Die Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung, die in den verschiedenen Menschenrechtsinstrumenten enthalten sind, müssen im Mittelpunkt aller Reaktionen der Regierung auf COVID-19 stehen.

Auch wenn COVID-19 eine neue Herausforderung für alle darstellt, zeigen die Erkenntnisse aus früheren Bemühungen zur Verhinderung der Ausbreitung von Krankheiten wie HIV und AIDS eindeutig, dass Stigmatisierung und Diskriminierung die Gesundheitspolitik untergraben. Es gibt keine Rechtfertigung in irgendeiner Regierungsmaßnahme auf COVID-19 für diskriminierende Formulierungen oder Handlungen durch Staatsbeamte. Viele Länder in der Region haben mindestens einen Vertrag ratifiziert, der sie dazu verpflichtet, das Recht auf Gesundheit zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen. Der offensichtlichste dieser Verträge ist der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der in Artikel 12 "das Recht eines jeden auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit" garantiert.

Darüber hinaus ist das Recht auf Nichtdiskriminierung (geschützt durch verschiedene Menschenrechtsinstrumente) eine unmittelbare und bereichsübergreifende Verpflichtung und gilt für die Ausübung jedes einzelnen völkerrechtlich garantierten Menschenrechts.

Internationale Menschenrechtsgesetze und -standards verlangen auch, dass der Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich aller Impfstoffe und Heilmittel, die in Zukunft für COVID-19 entwickelt werden, in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und für jedermann ohne Diskriminierung zugänglich und erschwinglich sein muss.

Alle Vorschläge zur Trennung oder Isolierung von Menschen mit COVID-19 müssen legitim, notwendig und verhältnismäßig sein und dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres sozioökonomischen Hintergrunds, ihrer Rasse, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion, Staatsangehörigkeit, ihres Migrationsstatus oder einer anderen Kategorie diskriminieren.

## Lassen Sie marginalisierte und am stärksten gefährdete Gruppen nicht zurück



In einer Zeit, in der Menschen auf der ganzen Welt aufgefordert werden, zu Hause zu bleiben und Präventivmaßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung von COVID-19 einzudämmen, sind Millionen von Menschen in Amerika gezwungen, aus ihrem Land zu fliehen.

Die anhaltende Menschenrechtskrise in Venezuela hat dazu geführt, dass mehr als 4,9 Millionen Menschen das Land verlassen haben, was nach Syrien die zweitgrößte Flüchtlingssituation der Welt darstellt. Die meisten venezolanischen Flüchtlinge sind auf dem amerikanischen Kontinent untergebracht, oft ohne internationalen Schutz, und in einigen Ländern arbeiten sie in schlecht bezahlten informellen Jobs und leben in unsicheren oder provisorischen Unterkünften. In der Zwischenzeit versuchen Honduraner:innen, Guatemalteke:innen und Salvadorianer:innen weiterhin über Mexiko in die USA zu gelangen, um vor der allgemeinen Gewalt in ihren Heimatländern zu fliehen. Und mindestens 100.000 Menschen sind vor der anhaltenden Menschenrechtskrise in Nicaragua geflohen, von denen viele in Costa Rica leben, wo der Zugang zu Asylverfahren und Grundversorgungsleistungen nach wie vor Herausforderungen darstellen.

Während sich COVID-19 weiter ausbreitet, haben die [Weltgesundheitsorganisation](#) und der [Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen](#) festgestellt, dass Asylsuchende und Flüchtlinge, Vertriebene und Menschen, die in Flüchtlingslagern leben, unter erhöhten Risiken leben. Die Organisationen stellten den Regierungen technische Richtlinien zur Verfügung, die bei den Maßnahmen gegen COVID-19 in Betracht gezogen werden müssen.

Zwar können Staaten unter bestimmten Bedingungen Maßnahmen wie Gesundheitsuntersuchungen oder Quarantäne von Personen, die internationalen Schutz suchen, einführen, doch dürfen sie niemanden davon abhalten, Asyl zu beantragen, oder Menschen in Länder zurückschicken, in denen ihnen Gefahr droht. Die COVID-19 Pandemie darf weder als Rechtfertigung für die Aushöhlung internationaler Verpflichtungen der Staaten verwendet werden, Asylsuchende zu schützen, noch als Vorwand für ihre Diskriminierung.

Indigene Völker, einschließlich derjenigen, die in freiwilliger Isolation leben, afrika-abstammende Gemeinschaften und Landbewohner:innen benötigen ebenfalls besonderen Schutz. Viele dieser Gemeinschaften leben unter prekären Bedingungen, die sie anfälliger für bestimmte Krankheiten machen. Historisch gesehen hatten sie bisher ungleichen bis zu nicht-existenten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Die Territorien der indigenen Völker müssen respektiert werden und es muss ernsthaft erwogen werden, einige Megaprojekte auszusetzen und zu vermeiden, dass Mitarbeiter:innen von Unternehmen während der Quarantäne Zugang zu ihren Territorien erhalten. Andere ländliche Gemeinden in ähnlicher Lage sowie Menschen, die in marginalisierten Gebieten wie den "Favelas" leben, benötigen möglicherweise ebenfalls den gleichen besonderen Schutz.

Darüber hinaus muss in einer Region, in der viele Menschen lange Zeit in Untersuchungshaft verbringen, und in Ländern wie Kuba und Venezuela, in denen Aktivist:innen, einschließlich politischer Aktivist:innen, und Menschenrechtsverteidiger:innen regelmäßig allein wegen ihrer bewusst vertretenen Überzeugungen inhaftiert werden, Menschen in Haft (die keine andere Wahl haben, als in unmittelbarer Nähe zu anderen zu leben) angesichts von COVID-19 ebenfalls Schutz und Zugang zu medizinischer Versorgung ohne Diskriminierung gewährt werden. Alle Gewissens-Gefangenen müssen unverzüglich freigelassen werden und die vorzeitige oder bedingte Freilassung von besonders gefährdeten Gefangenen, wie z.B. älteren Häftlingen oder Gefangenen mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen, einschließlich solcher mit geschwächtem Immunsystem, sollte ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

**Wenden Sie bei der Überwachung von Gesundheitsmaßnahmen, die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit oder Freiheitsentzug erfordern, weder Repression noch übermäßige Anwendung von Gewalt an**



Regierungen in ganz Amerika setzten routinemäßig Repressionen ein, darunter willkürliche Inhaftierungen und unnötige oder übermäßige Gewaltanwendung, um im Jahr 2019 Unzufriedenheiten zum Schweigen zu bringen.

Die Regierungen in der Region haben häufig „Notstände“ oder "Ausnahmestände" ausgerufen und diese dazu benutzt, abweichende Meinungen zu kontrollieren und die Rechte der Menschen zu untergraben, wie 2019 in Chile, Ecuador und Bolivien.

Da Länder auf der ganzen Welt beginnen, Militär- und Strafverfolgungsbeamte zur Überwachung von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit wie Quarantänen, Ausgangssperren, "sozialer Distanzierung" oder Reisebeschränkungen einzusetzen, müssen die Regierungen in Nord- und Südamerika einen Rückfall auf diesen Trend der exzessiven Gewaltanwendung vermeiden.

Folter und andere Misshandlungen, die ebenfalls in Amerika üblich sind, oft während willkürlicher Inhaftierungen oder anderer Freiheitsberaubungen, sind unter allen Umständen absolut verboten und können niemals gerechtfertigt werden, auch nicht in nationalen Notfällen.

**Der Zugang zu zuverlässigen Informationen darf nicht zensiert und der Zugang zu Präventivmaßnahmen darf nicht eingeschränkt werden**



Im Jahr 2019 war Amerika für Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen die gefährlichste Region der Welt.

Alle interessierten Einzelpersonen und Gemeinschaften haben ein Recht auf einfache, zugängliche, rechtzeitige und aussagekräftige Informationen über Art und Ausmaß der Gesundheitsbedrohung, über die möglichen Maßnahmen zur Risikominderung, Frühwarninformationen über mögliche künftige Folgen und Informationen über laufende Reaktionsbemühungen. Wenn die Reaktionen der Staaten auf COVID-19 auf Informationsbeschränkungen, mangelnder Transparenz und Zensur beruhen, besteht die

Gefahr, dass sie es den Menschen erschweren, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um sich vor einer Infektion zu schützen.

Die Behörden müssen sicherstellen, dass Angehörige der Gesundheitsberufe, Fachleute des öffentlichen Gesundheitswesens, Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen ihre Arbeit tun können und schnellen Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen über die sich ausbreitende Pandemie bieten.

## **Garantieren Sie unbedingt Arbeitnehmerrechte und soziale Sicherheit**



Im Jahr 2019 wurden weit verbreitete Unzufriedenheit und Protest häufig durch die Tatsache geschürt, dass Lateinamerika und die Karibik nach Schätzungen der UNO weiterhin die ungerechtesten und gewalttätigsten Regionen der Welt sind.

Die Armut in der Region nahm 2019 erneut zu (nach Schätzungen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) auf 31%), die Ungleichheit nahm zwar etwas ab, jedoch nicht in einem signifikanten Ausmaß, und es gab fast kein Wirtschaftswachstum (0,1% laut ECLAC).

In Lateinamerika und der Karibik sind nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation etwa 140 Millionen Menschen im informellen Sektor beschäftigt. Da die Reaktion auf COVID-19 Quarantäne-Maßnahmen in Bereichen mit schwachem Arbeitsschutz und schwachen Wohlfahrtssystemen erforderlich gemacht hat, werden viele Arbeiterinnen und Arbeiter mit niedrigem Einkommen und im informellen Sektor um ihren Lebensunterhalt, ihre Arbeitsplätze und Gehälter fürchten müssen, weil sie nicht arbeiten können. Sie sind womöglich gefährdet durch den Verlust von Grundversorgungsgütern wie Nahrung, Gesundheits- und Hygienebedarf. Sie haben es deshalb vermutlich auch schwerer, sich vor einem Kontakt mit COVID-19 zu schützen, wenn sie sich keine Präventivmaßnahmen, wie z.B. Desinfektionsmittel, leisten können oder wenn der Verlust des Arbeitsplatzes zu Zwangsräumungen aufgrund von Mietrückständen oder Hypothekenzahlungen führt.

Die Regierungen in der gesamten Region sollten diese Gelegenheit nutzen, um Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zur Sozialversicherung zu erweitern - einschließlich Krankengeld, Gesundheitsversorgung und Elternurlaub für Menschen, die aufgrund von COVID-19 nicht arbeiten können, z.B. wenn sie krank oder in Quarantäne sind oder aufgrund der Betreuung betroffener Angehöriger, einschließlich Kinder aufgrund von Schulschließungen. Dies ist besonders wichtig für Tagelöhner:innen und für Menschen, die während der Quarantänezeiten nicht von zu Hause aus arbeiten können, wie z.B. Krankenpflegepersonal, Arbeiter:innen, Landarbeiter:innen und Hausangestellte. Auch Sexarbeiter:innen und andere Gruppen, die in der Vergangenheit marginalisiert und stigmatisiert wurden, müssen ebenfalls Zugang zu Sozialversicherung und sozialen Schutzmaßnahmen erhalten.

Darüber hinaus sollten die Rechte der unter Quarantäne stehenden Personen respektiert und geschützt und die Grundbedürfnisse der Menschen sollten befriedigt werden, einschließlich angemessener Unterkünfte, Nahrung, Wasser und sanitärer Einrichtungen, weil dieser Menschenrechtsschutz die öffentlichen Gesundheitsmaßnahmen unterstützt.

## **Garantieren Sie den Zugang zu angemessener Wasserversorgung, sanitären Einrichtungen und Gesundheitsversorgung für alle und leisten Sie internationale Zusammenarbeit und Unterstützung**



Viele Gemeinden in Nord- und Südamerika haben keinen Zugang zu fließendem Wasser und Seife, geschweige denn zu Handdesinfektionsmitteln, und werden wahrscheinlich vor weiteren Hindernissen stehen, wenn sie sich angemessen gegen COVID-19 schützen wollen.

In einigen Ländern mit bestehenden humanitären und Menschenrechtskrisen oder sehr schwachen Gesundheits- und Sozialschutzsystemen werden die Menschen angesichts von COVID-19 in noch größere Not geraten.

In Haiti beispielsweise, dem ärmsten Land der Hemisphäre, lebten nach Angaben der Weltbank im Jahr 2019 6 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze. Auch in Venezuela brauchten nach Angaben des UNO-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten im vergangenen Jahr 7 Millionen Menschen humanitäre Hilfe, und die schwerwiegende Verknappung von grundlegenden Gesundheitsdiensten und Medikamenten sowie die Abwanderung von Gesundheitspersonal beeinträchtigte den Zugang der Menschen zur Gesundheitsversorgung erheblich. Epidemiologische Daten wurden von den Behörden seit 2017 nicht mehr veröffentlicht. Nicaragua, Honduras, Guatemala, Bolivien und Paraguay erhalten aufgrund ihrer schwachen Gesundheitssysteme besondere Unterstützung von der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO).

Unter diesen Umständen ist der Bedarf an internationaler Zusammenarbeit und Hilfe noch dringlicher und es ist noch wichtiger, dass die internationale Gemeinschaft rasch reagiert.

## **Stellen Sie die Berücksichtigung von Gender-spezifischen Bedürfnissen sicher**



Geschlechtsspezifische Gewalt ist in Lateinamerika und der Karibik so weit verbreitet, dass sie von der WHO sowohl als Menschenrechtsproblem als auch als globales Gesundheitsproblem von epidemischen Ausmaßen betrachtet wird.

Laut dem Bericht zur Gleichbehandlung der Geschlechter (Gender Equality Observatory) der ECLAC wurden im Jahr 2018 in zehn lateinamerikanischen und karibischen Ländern mindestens 3.500 Frauen aufgrund ihres Geschlechts getötet.

Bei der Reaktion auf COVID-19 sollten die Regierungen berücksichtigen, dass Maßnahmen wie Quarantänen, Ausgangssperren und Reisebeschränkungen Frauen und Mädchen einem erhöhten Risiko von Gewalt durch ihre Intimpartner aussetzen und ihren Zugang zu Unterstützung einschränken. Die Staaten müssen Maßnahmen zur Eindämmung dieser Risiken ergreifen.

Nach Angaben des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen hatten Lateinamerika und die Karibik im vergangenen Jahr die zweithöchste Rate von Schwangerschaften bei Minderjährigen weltweit. Frauen und Mädchen in der Region sind mit weit verbreiteten Einschränkungen des Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, einschließlich Empfängnisverhütung und sicherer Abtreibung, konfrontiert.

Da ein Anstieg der COVID-19-Fälle die ohnehin schwachen öffentlichen Gesundheitssysteme unter Druck setzen könnte, könnten schwangere Frauen und Mädchen mit weiteren Einschränkungen des Zugangs zur Gesundheitsversorgung und einem erhöhten Risiko für Müttersterblichkeit konfrontiert werden. Die Staaten sollten planen, den Zugang zu mütterlicher Notfallversorgung sicherzustellen und negative Auswirkungen zu mindern. Frauen sind primäre Betreuerinnen, weshalb ihre Situation in Quarantänezeiten berücksichtigt werden muss.

## **Schützen Sie das Recht der Menschen auf Privatsphäre**



Beweise und bewährte Praktiken aus anderen Epidemien zeigen, dass Verletzungen des Rechts auf Privatsphäre durch Regierungsbeamte oder Beschäftigte des Gesundheitswesens oder der Verdacht solcher Verletzungen die Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitswesens untergraben, indem sie dazu führen, dass die Menschen Angst haben, sich testen zu lassen, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen oder allgemein sich zu melden.

Zwar können Regierungen Maßnahmen zur Sammlung epidemiologischer Informationen ergreifen, doch müssen die Staaten die persönlichen Daten der Patient:innen und ihre Würde schützen und alle Überwachungs- oder Verfolgungsmaßnahmen müssen sich als legitim, notwendig und verhältnismäßig sowie als nicht diskriminierend erweisen.

## **Schlussfolgerungen**

Die COVID-19-Krise betrifft jeden, aber sie betrifft uns nicht alle in gleicher Weise. Die Krise zeigt, wie verschiedene Formen von Ausgrenzung, Ungleichheit und Menschenrechtsverletzungen miteinander verbunden sind. Sie gibt aber auch den Regierungen der Region die Möglichkeit, radikale Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um die Gesellschaft zu sein, die wir sein wollen.

Der erste Schritt besteht darin anzuerkennen, dass Gesundheit und soziale Sicherheit Menschenrechte sind und dass ihnen Priorität eingeräumt werden muss. Oft lässt sich die Bedeutung, die Regierungen einem Thema beimessen, an ihrem Haushalt erkennen.

Lateinamerika und die Karibik gehören zu den Regionen mit den geringsten Investitionen in Gesundheit (öffentlich und privat) pro Einwohner:in. Die Gesundheitsfinanzierung der Regierungen beläuft sich in den 23 Ländern, die von der ECLAC in ihrem Sozialpanorama 2019 analysiert wurden, auf durchschnittlich 2,4% des BIP. Dies steht im Gegensatz zu den Bestimmungen der Gesundheitsagenda „Sustainable Health Agenda for the Americas 2018 – 2030“, in der festgelegt wurde, dass die Entwicklung hin zu einer universellen Gesundheit "ein Niveau der öffentlichen Gesundheitsausgaben von mindestens 6% des BIP" erfordert.

Auch innerhalb der Region gibt es große Diskrepanzen. Die Haushaltsmittel, die Zentralamerika, die Dominikanische Republik und Mexiko zusammen dem Sozialschutz einräumen, beträgt weniger als ein Drittel der Haushaltspriorität Südamerikas, ebenfalls laut ECLAC. Und in den einzelnen Ländern gibt es ebenfalls enorme Disparitäten, insbesondere zwischen den Menschen, die Zugang zu privaten oder öffentlichen Gesundheitssystemen haben.

Ein ähnliches Bild lässt sich bei den Ausgaben für die soziale Sicherheit zeichnen, die ein weiteres Menschenrecht darstellt, das in dieser Krise auf dem Spiel steht.

Es bleibt abzuwarten, ob die führenden Politiker Amerikas dieser Aufgabe gewachsen sind: Werden sie Schutz für alle garantieren, die ihn brauchen, damit niemand zurückbleibt? Werden sie diese Gelegenheit nutzen, um tiefgreifende strukturelle Ungleichheiten und die fehlende Prioritätensetzung auf soziale Rechte zu lösen? Werden sie den Menschenrechten Vorrang einräumen?

Die Art und Weise, wie Staaten in dieser Krise den universellen Zugang zu Menschenrechten wie Gesundheit und sozialer Sicherheit lösen und andere Menschenrechte in diesen schwierigen Zeiten respektieren, wird prägen, auf welche Weise sie in der Geschichte in Erinnerung bleiben werden.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

**Americas at a Crossroads in Response to COVID-19**

<https://www.amnesty.org/en/latest/research/2020/03/americas-at-a-crossroads-in-response-to-covid19/>